Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.— bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
B. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 414. **Sonntag** den 16. August 1903. **97. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Auswärtige Ereignisse haben der hochsommerlichen Stille ein vorzeitiges Ende bereitet und der politische Schulbeginn findet das deutsche Reich vor einer Reihe von Tatsachen, die zwar nicht ganz unerwartet kommen, unsere Interessen auch nicht unmittelbar berühren, aber dem internationalen Takte unseres Auswärtigen Amtes doch eben so viele heikle Aufgaben stellen. Der kühne Federstrich, mit dem der „Friedenszar“ Nikolaus den Admiral Alexejew zum Statthalter der Mandschurei ernannte und hierdurch die reife Frucht endgültig für Rußland pflückte, ist zweifellos noch mit derselben Tinte geschrieben, die den ostasiatischen Dreibund zwischen Deutschland, Frankreich und Rußland unterzeichnete, für uns Deutsche also nur die endliche Lösung einer Frage, die höchstens England Kopfzerbrechen machen kann. Nicht ganz ohne Staunen können wir dabei wieder beobachten, wie Rußland sein stolzes „Wladi Wostok!“ (Beherrsche den Osten!) gerade in dem Augenblicke vollendet, da der heftig erneuerte Aufruhr auf dem Balkan die Kräfte des Bären in der alten Orientfrage völlig zu binden schien. Seit dem österreichisch-russischen Sonderabkommen für den Balkan ist eben der Dreibund aus einer „Wacht am Rhein“ auch eine unbeabsichtigte „Wacht an der Save“ geworden, und der Zar kennt eben Deutschlands Friedensliebe und Oesterreichs Friedensbedürfnis viel zu gut, um mit so starker Rückendeckung im Westen seinen Vorteil im Osten nicht auszunützen. Wenn es am östlichen Horizont überhaupt Wetterwolken gibt, die Deutschlands strenge Neutralität einst noch auf eine harte Probe stellen können, so schweben sie nicht über der europäischen Türkei, sondern leider viel näher über unserem Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn, der im Begriffe steht, das operative Kunststück der Trennung siamesischer Zwillinge an sich zu vollziehen. Vielleicht wird schon die schwierige Wahl, die Kaiser Franz Josef für das neue ungarische Ministerium trifft, einen Fingerzeig geben, ob wir es im Habsburger Staate künftig mit einem ganzen Alliierten oder zwei halben Freunden zu tun haben werden.

Mit einer gewissen Wehmut muß es uns jedenfalls berühren, daß Oesterreich, dem schon der k. k. Hofrat Grillparzer nur mehr Talent zum „Musikmachen“ zuerkannte, bei all seiner inneren Lebensnot und äußeren Einflußlosigkeit noch so viel Tatkraft aufbrachte, um durch sein Veto gegen Rampolla die Wahl eines fanatischen Dreibundfeindes zu verhindern. Ob uns Oesterreich mit der Beseitigung eines offenen Deutschenfeindes einen sonderlichen Dienst erwiesen hat, wie uns die berufsmäßige Vergnügtheit der Offiziösen glauben machen will, kann sich freilich erst zeigen, wenn das unbeschriebene Blatt Pius X. die ersten Züge des noch ungeborenen päpstlichen Staatssekretärs aufweisen wird. Daß unsere Ultramontanen unter verdächtigem Schmollen auf Oesterreichs „Verrat an der hl. Kirche“ sich bereits mit dem Gedanken einer Aussöhnung zwischen Quirinal und Vatikan befreunden und an Stelle der ungetreuen katholischen Mächte das deutsche Reich mit einer Art Protektorat über die Rechte der „Alleinseligmachenden“ beglücken wollen, bedeutet nichts Gutes. Man weiß nicht, ob die römischen Danaer gefährlicher sind, wenn sie Geschenke geben oder wenn sie Geschenke empfangen. Die Bundesstaaten, die das Jesuitengesetz glücklich noch einmal auf die lange Bank schoben, werden vor einem „deutschfreundlichen“ Papstkanzler doppelt auf der Hut sein müssen. Schon wieder hat die königliche Regierung in Liegnitz, wie bisher unwidersprochen gemeldet wurde, einen Pastor Kobbelt wegen „agitatorischen Auftretens“ gemaßregelt, weil er nämlich in Ausübung seiner Rechte als Protestant und Staatsbürger einen Kandidaten über seine Stellung zum Jesuitengesetze interpelliert hatte.

Angesichts der fanatischen Beharrlichkeit, mit der die Ultramontanen ihre katholische Parteigemeinschaft fortwährend über alle Staatsinteressen stellen, wird da auch einmal eine halbamtliche Etikettfrage zu regeln sein. In ihrer Begrüßung des neuen Papstes gebrauchte die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit einer gratulierenden Verbeugung u. a. auch die Wendung „unsere katholischen Mitbürger“. Der Berliner Offiziosus stellt sich damit offenbar, wenn auch sehr tolerant, auf den Standpunkt eines regierenden Protestantismus, der neben seinen evangelischen Staatsbürgern auch eine besondere Klasse von katholischen Staatsbürgern kennt und anerkennt. Abgesehen davon, daß die Reichsverfassung einen solchen Unterschied amtlich gar nicht kennt, müssen die Ultramontanen in dieser auch bei so feierlichem Anlasse wiederkehrenden hochoffiziösen Wendung eine Anerkennung ihres katholischen „Staates im Staate“ erblicken, die ihre Anmaßung nur noch steigern kann. Wie rasch und gründlich den Offiziösen dieses höfliche Dienern vor der klerikalen Nebenregierung abgewöhnt werden sollte, zeigt gleichzeitig eine noch viel maßgebendere Begrüßung des neuen römischen Papsts. Der „unwürdige Diener“ — wie er sich selbst nennt — Erzbischof Stablewski hat dem Neugewählten in einem Hirtenbriefe voll politischer Spitzen seine polnische Nation als eine „Vormauer des Christentums“ bereits bestens empfohlen und hofft von ihm Trost in den polnischen „Leiden und Kümmernissen“. Gleich darauf hat der polnische Katholizismus unter freundlicher Mitwirkung des österreichisch-galizischen Hetzpaters Stojalowski seinen nationalen Schmerz in der Zerstörung eines „Germanisationswerkes“, nämlich der Kattowitzer Schutzhütte bei Bielitz, ausgetobt, sich von den Geldsammlungen für die Opfer des schlesischen Hochwassers demonstrativ ferngehalten und das offenbar auch „verpreußende“ Wirken der Kaiserin, die an dem Unglücksstätten Deutschen und Polen evangelische Christenhülfe bringen will, durch Nichtgrüßen und tückische Glossen in der Polenpresse über die Deutschen, welche „ihre Kaiserin“ grüßten, mit souveränpolnischer Nichtachtung gestraft ...

Es scheint überhaupt ein Kennzeichen des römischen Polentums zu sein, daß selbst die Stimme der Menschlichkeit aus deutschem Munde in seinen verstockten Seelen nur die Saiten des national-konfessionellen Doppelhasses im umso stärkere Schwingungen versetzt. Wir können dasselbe vielleicht auch in dem von polnischen Arbeitern stark besiedelten Ruhrkohlengebiete noch erleben, wo die Wurmkrankheit, die erst seit dem Anwachsen des polnischen Proletariats epidemisch auftritt, eine Verheerung und Aufregung hervorruft, die zu dem schlesischen Wasserunglücke ein trauriges Seitenstück liefert.

Unter dem Eindrucke solcher Elementarereignisse ist jetzt wieder einmal während der Regierung Kaiser Wilhelms II. und unter seinem Vorsitze der Kronrat der preußischen Minister zusammengetreten. Man wird bald hören, was Preußens Regierung veranlaßt hat, um die heute in zwanzig Bergarbeiterversammlungen des Ruhrgebietes zum Ausdruck kommende Aufregung zu beschwichtigen, was sie in Schlesien versäumt hat und was sie zu tun gedenkt, um den wirtschaftlichen Schäden solcher Naturereignisse nach Möglichkeit vorzubeugen. Es scheinen da gerade in Schlesien so schwere Versäumnisse an den Tag zu kommen, daß in den letzten Tagen manche Leute nicht nur den schon längst stark unterwaschenen Ministerstuhl des Frhrn. v. Hammerstein, sondern auch den so gern in den Wellen der Nordsee badenden Reichskanzler v. Bülow von den Hochwässern Schlesiens verschlungen sehen wollten. Aber man muß auch den Männern vom grünen Tische des Kronrates etwas zu gute halten. Sie haben nicht bloß gegen die Naturgewalten anzukämpfen, sondern auch gegen die Parteileidenschaften, welche die von den Agrariern bekämpfte Kanalvorlage, die nun doch wieder auftaucht, und die gewiß an sich nicht politische Notwendigkeit der östlichen Flußregulierung zu einem verhängnisvollen Knoten verknüpft haben. „Navigare necesse est, vivere non est necesse“ — doch darum sind Wasserbauten nicht minder dringlich, welche zwar keinen unmittelbaren Handelswert haben, aber doch Leben und Eigentum der Staatsbürger schützen müssen vor Katastrophen, die sich nicht kümmern, ob ihre Opfer ostelbisch-agrarisch oder westrheinisch-liberal zu denken gewohnt sind“ — so argumentieren mit unleugbarem Geschick die „Post“-alisch Gesinnten. Da hat auch die beste Regierung — wir behaupten nicht, daß es in Preußen die gegenwärtige ist — einen schweren Stand, zumal die beim Kronrat in Beratung stehende Ausschreibung der preußischen Landtagswahlen die Parteiagitation bereits in lebhafter Tätigkeit findet. Die Sozialdemokraten sind zwar mit Herrn Barth noch nicht über den Marktpreis der freisinnigen Stimmen einig geworden, aber die heftige Agitation, mit der sie diesmal ihre erste Bresche in die preußische „Reaktion“ legen wollen, ist ein beruhigendes Zeichen, daß sie sich von dem Schrecken über das famose „Attentat“ auf das Reichstagswahlrecht schon wieder ganz erholt haben. Da auch die Freikonservativen die Einberufung des Kronrats mit einer Agitationsschrift wider die Kanalvorlage begleiteten, was die Freisinnigen wieder veranlaßt, umso entschiedener die Einbringung der Vorlage „im Interesse der Regierungsautorität“ zu fordern, so kann sich der Kampf um den neuen preußischen Landtag diesmal sehr bewegt gestalten.

Falsche Ehrbegriffe und Bildungsideale.

c. Das soziale Leben leidet in Deutschland unter falschen Ehrbegriffen und verkehrten Bildungsidealen. Ein schlichter Handwerksmeister kann ein gebildeter Mann sein, auch wenn er mit Bürgers Hans Bendix „kein Sterbenswörtchen Latein“ versteht, und ein Staatsbürger kann einen hohen Ehrbegriff besitzen, auch wenn er das Duell als eine Todsünde anfiehlt. Das ist eigentlich ganz selbstverständlich, aber trotzdem ist es in Deutschland nicht die allgemeine Anschauung. Bei uns wird fast immer die natürliche Anschauung der Dinge von einem Wald grauer Theorien überwuchert. Trotz unserer hochgepriesenen Kultur sind wir nicht einmal so weit, daß wir für den Wert der Arbeit das richtige Maß besitzen. Gerade von uns Deutschen wird ein viel zu großer Unterschied zwischen sogenannter hoher und niedriger, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gemacht.

Es ist heute kaum denkbar, daß ein wohlhabender Vater von zwei gleich fähigen Söhnen den einen etwa Offizier oder Jurist und den anderen Tischler oder Schneider werden läßt. Ohne Aufsehen ginge die Sache nicht ab; man sähe darin fast eine Versündigung gegen den Geist der Kasse. Dem Offizier würde der Bruder Schneidermeister manche Verlegenheit bereiten, und hätte jener das Herz nicht auf dem rechten Fleck, so würde er von diesem Bruder selbst Schwierigkeiten für sein Emporsteigen auf der militärischen Stufenleiter, und zwar nicht mit Unrecht, befürchten. Das kennzeichnet unsere Anschauung, und doch behaupten wir, die Achtung vor der ehrlichen Arbeit sei die Grundlage unserer Kultur.

In seiner Rektoratsrede beklagte im Anfang dieses Jahres Professor Kammerer von der Technischen Hochschule in Charlottenburg mit Recht, daß unserer Schulbildung völlig die Anleitung zur Achtung auch der körperlichen Arbeit fehle, für die jetzt vielfach nur Geringschätzung vorhanden sei. Ist es da überraschend, wenn sich alles, was Mittel zum Studium hat, ohne Wahl, aber mit Qual, nach den sogenannten höheren Berufen drängt? Das Ergebnis ist eine sozial recht schlimm wirkende Ueberfüllung dieser Berufe und eine Verarmung der „niederen“ Erwerbszweige, des Handwerks an wirtschaftlich und geistig wohlhabendem Nachwuchs. Auch das ist bereits eine alte Klage, aber erst seit kurzer Zeit beginnt man ihr sozialstatistisch mehr Rückhalt zu geben. Uebrigens leiden wir in Deutschland nicht allein an einem Ueberschuß „studierter Intelligenzen“. Ich wähle das Fremdwort absichtlich seines Beigeschmacks wegen, denn leider ist heute das Wort Jahns mehr als zu seiner Zeit wahr, daß viele wissen, wie Brot in allen Kultursprachen heißt, es aber in keiner verdienen können. Heute kann man mit Recht in Deutschland und einigen anderen Ländern nicht mehr vom „armen Gelehrten“, sondern von einem gelehrten Proletariat reden. In einer französischen Zeitschrift schilderte vor einiger Zeit Henri Bérenger das gelehrte Proletariat Frankreichs. Die französischen Friedensrichter, die fast alle Doktoren der Rechte sind, haben ein Einkommen von 1800 bis 3000 Frcs. jährlich, und da sie meistens kein Vermögen besitzen, so müssen sie von diesem Einkommen leben. Die akademisch gebildeten Lehrer erhalten in den Kollegien 2000 bis 3000 Frcs., in den Lyceen 3500 bis 5000 Frcs.; auch sie sind meistens ohne Vermögen. Die 3000 Hülfslehrer der Kollegien und Lyceen bringen es nicht über 3000 Frcs. Von den 180 000 Lehrern und Lehrerinnen der französischen Volksschulen beziehen 100 000 ein so geringes Gehalt, daß sie stets in bedrängter Lage sind, aber trotzdem sollen in Paris 15 000 Lehrkräfte auf die 150 Stellen warten, die jährlich frei werden; welches Proletariat! Alle städtischen Verwaltungen, Industriegesellschaften und Eisenbahnen sind von einem Heer auf technischen Hochschulen gebildeter junger Leute umlagert, die sich mit heißem Bemühen um Stellen bewerben, die ein Gehalt von 1500 bis 4000 Frcs. jährlich abwerfen. Die technischen Hochschulen Frankreichs entlassen jährlich 800 bis 900 geprüfte Ingenieure, von denen nur der kleinste Teil Anstellung findet; oft auch nur mit einem Gehalt, das ein Werkführer oder erster Arbeiter zurückweisen würde.

Bérenger sieht in der Ueberzahl der Höhergebildeten für Frankreich eine soziale Gefahr. Er erklärt die Ueberfüllung der gelehrten Berufe jedoch einseitig hauptsächlich aus den Vorteilen, die mit dem Bestehen gewisser Prüfungen bei der Erfüllung der Militärpflicht verknüpft sind. Sicher ist das ein erheblicher Grund, und auch in Deutschland macht man bekanntlich dem Berechtigungsschein zum Einjährigendienst den Vorwurf, die Ueberfüllung der höheren Lehranstalten sehr wesentlich zu verschulden. Mehr trägt nach unserer Ueberzeugung jedoch der falsche Bildungsbegriff, die verkehrte Auffassung von dem Wert der Arbeit oder, wie sich Professor Kammerer ausdrückte, die in manchen bemittelten Kreisen vorhandene Verachtung körperlicher Arbeit dazu bei.

In Deutschland ist das gelehrte Proletariat kaum geringer wie in Frankreich; leider fehlt uns eine ausreichende Statistik. An deutschen Universitäten sind in diesem Sommer nicht weniger als 37 818 Studierende und Hörer eingeschrieben, etwa 1000 mehr als im letzten Wintersemester. Die weit überwiegende Mehrzahl dieser akademischen Bürger treibt natürlich ein sogenanntes Brotstudium, das heißt sie studiert nicht zum Vergnügen, sondern um so bald als möglich durch die erworbenen Kenntnisse einen „standesgemäßen“ Unterhalt zu finden. Aber wie sieht der auch in Deutschland oft aus! Man redet zwar viel von der Not des Handwerks, aber es ist trotzdem eine Tatsache, daß heute in Deutschland ein Handwerksmeister mit leidlich gutem Geschäft wirtschaftlich ganz erheblich günstiger gestellt ist, als viele Studierte. Es ist bitter, muß aber gesagt werden, daß selbst zahlreiche Hotelhausknechte und Oberkellner mit vielen betitelten Akademikern materiell nicht tauschen würden. Es gibt auch in der deutschen Industrie genug Werkführer und tüchtige Arbeiter, die nicht nur eine selbständigere und verläßlichere Stellung, sondern auch ein höheres Einkommen als manche Studierte haben; freilich, diese verrichten „höhere“, wenn auch vielleicht für das Gemeinwohl recht überflüssige, jene aber „niedere“, wenn auch notwendige Arbeit. Unser falscher Ehr- und Bildungsbegriff triumphiert, und sein Träger schleppt mit ihm zwar Hunger und Kummer, aber er hat einen „höheren“, einen „gesellschaftsfähigen“ Beruf. Welches Glück — oder besser welches Elend, kann man sagen —, wenn man Gelegenheit hat, einmal hinter die Scene zu sehen.

Am meisten ist in dieser Beziehung in den letzten Jahren von den schlimmen wirtschaftlichen Verhältnissen des Aerztestandes geredet. Ein Fall kennzeichnet die ganze hier herrschende Misère. Als der seine groben Kurschwindeleien jetzt mit mehrjähriger Gefängnisstrafe büßende Nordenkötter zur besseren Reklame einen approbierten Arzt suchte, meldeten sich — sieben. Im Prozeß Nordenkötter erklärte ein Berliner Anwalt diese schreiende Zahl mit der Not des Aerztestandes; die Zahl beweise, daß im medizinischen Proletariat der Hunger oft vernehmlicher spreche als die Standesehre. Nach einer aus ärztlichen Kreisen angestellten sozialstatistischen Untersuchung hatten von den Aerzten Berlins 30,9 Prozent aus Praxis und Vermögen ein Gesamteinkommen von unter 3000 ℳ, unter 900 ℳ 5,2 Prozent, 900—1050 ℳ 2,9 Prozent, 1050—2100 ℳ 16,8 Prozent. Das sind Einkommen, mit denen heute kein tüchtiger Handwerksmeister zufrieden ist, sie sind geringer als die Bezahlung manches Fabrikschlossers und Maurergesellen in Berlin. Nur 27,8 Prozent der dortigen Aerzte verfügen über ein Einkommen von 5000—10 000 ℳ jährlich. Aehnliche Verhältnisse herrschen in anderen wissenschaftlichen Berufen, noch schlimmere in den künstlerischen Erwerbszweigen. Bei der breiten Mittelmäßigkeit gilt auch hier heute das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Je stärker der Zudrang, um so tiefer die Lebenshaltung. In der harten Schule ihres Daseins gelangen viele dieser „höheren“ Arbeiter niemals zu einer inneren Befriedigung und einer leidlich anständigen äußeren Lebenslage. Erst im vorgeschrittenen Alter ermessen sie oft die Größe des Opfers, das sie den falschen Ehr- und Bildungsbegriffen unserer Zeit gebracht haben. Aus dem Künstler und Gelehrten wird dann oft noch ein Geschäftsmann, aber die Verbitterung über einen langen verfehlten Weg bleibt.

Diese Verhältnisse werden besser, wenn die mit falschem Ausdruck als „niedrig“ bezeichnete gewerbliche Arbeit wieder gesellschaftsfähig wird und die ihr zukommende Hochachtung nicht nur in schönen Worten genießt. Sollte es so schwer sein, diese Hochachtung von der Kultur der Gegenwart für jede ehrliche Tätigkeit zu erzwingen? Vor allem müssen sich viele Gewerbetreibende selbst von Vorurteilen und falschen Begriffen innerlich frei machen. Sie dürfen nicht die akademische Bildung als den Inbegriff inneren und äußeren Glücks ansehen. Viele von ihnen bringen heute mit schwerer Mühe nach ihren Verhältnissen große Opfer, um den Sohn studieren zu lassen. Besser wäre es heute, sie ließen ihn mit den aufzuwendenden Mitteln eine gute Fachschule besuchen und zu einem tüchtigen Handwerker erziehen. Dem Gewerbe fehlt Geist und Kapital, während beides im Verfolgen gelehrter und künstlerischer Lebenswege heute häufig nutzlos und selbst zum Schaden des Gemeinwohles verpufft wird.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 15. August. (Tätigl) Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „Sofort, nachdem die Reichstagswahlschlacht geschlagen war, gaben wir der nationalliberalen Partei den guten Rat, mit allen Kräften aufs neue in den Wahlkampf einzutreten, um die Wahlen des Herbstes vorzubereiten, und viele befreundete Blätter stimmten unserer Mahnung zu. Heute, also zwei volle Monate später, können wir leider nicht behaupten, daß dem Rate eine erhebliche Wirkung entsprochen hätte; in sommerlicher Stille ruht die Maschine der Partei-Organisation noch immer von der letzten großen Arbeit aus. Das muß jeden Freund der nationalliberalen Sache mit um so größerem Bedauern erfüllen, als inzwischen die anderen Parteien keineswegs der gleichen Muße gepflogen haben, sondern mit voller Kraft in die Agitation für die Landtagswahlen eingetreten sind. Von dem Eifer der Sozialdemokraten konnten wir schon mehrfache Proben vorlegen, aber auch das Zentrum ist inzwischen keineswegs müßig gewesen. Wie die „Köln. Volkszeitung“ berichtet, hat es sogar eine Agitationsschule vorbereitet, die im nächsten Monat in Frankfurt a. M. ins Leben treten soll. . . . Die sozialdemokratische Presse erteilt dem Plane bewundernd Lob; die liberalen Parteien werden über diese Art, demagogische Agitatoren aufzuziehen, wohl etwas anderer Meinung sein und keine Neigung haben, dem Zentrum diese Art von Wahlvorbereitung nachzumachen. Desto eifriger sollten sie aber in jede Art von Agitation eintreten, die sich mit dem liberalen Gedanken verträgt, und vor allem sollten die Nationalliberalen daran gehen, das Band ihrer Organisation so straff und wirksam wie möglich zu gestalten. Sie müssen ihren Parteisekretariaten namentlich durch stärkere finanzielle Unterstützung mehr die Möglichkeit gewähren, mit den liberalen Massen unmittelbar durch Versammlungen und Vorträge und mittelbar durch recht zahlreiche Vertrauensmänner in Verbindung zu treten. Sie müssen die Beziehungen der einzelnen Sekretariate miteinander und mit der Zentralleitung lebhafter gestalten und sie müssen vor allem den reichen Schatz von jungen, strebsamen Kräften, der sich erfreulicherweise in den nationalliberalen Jugendvereinen angesammelt hat, in den Dienst der Parteiorganisation stellen. Dann erst wird der frische Zug, der von dort aus seit einiger Zeit in die Partei hineinweht, dieser unmittelbar zugute kommen, und die jungen Kräfte werden in praktischer Arbeit die Dinge in ihren wirklichen Verhältnissen kennen lernen und manches von dem Radikalismus abstreifen, der ihnen naturgemäß von Hause aus anhaftet. Alle diese Vorschläge müssen aber bald in die Wirklichkeit umgesetzt werden, sonst wird der Vorsprung der andern Parteien immer größer, und die Landtagswahlschlacht trifft die liberalen Truppenmassen nicht so vorbereitet, wie es ihre große Bedeutung für die künftige preußische und deutsche Politik unbedingt erfordert. Wir hoffen ja, daß mit dem kommenden Delegiertentag die Wahlarbeit im großen Stile beginnen wird, aber wäre es nicht noch besser, wenn in Hannover alle Vertreter berichten könnten, daß sie bereits vorgearbeitet, ja, daß sie schon Erfolge erzielt haben?“ — Stimmt auch für Sachsen.

C. H. **Berlin**, 15. August. (Die Sterblichkeit in Preußen.) Die vom Kultusministerium veröffentlichten Zusammenstellungen über die Sterblichkeit in Preußen 1901 sind nach mehr als einer Richtung hin interessant. Im Berichtsjahre hat die Gesamtbevölkerung des Staates durch den Tod verloren: 373 847 männliche, 339 826 weibliche, also 713 673 Personen überhaupt. Die Zahl der Totgeborenen, welche außerdem den Standesbeamten gemeldet wurde, betrug 23 036 männliche, 16 677 weibliche, also 40 713 Personen überhaupt. Da die Einwohnerzahl sich am 1. Januar 1901 auf